

Dezember 2015

PALÄSTINA-INFO



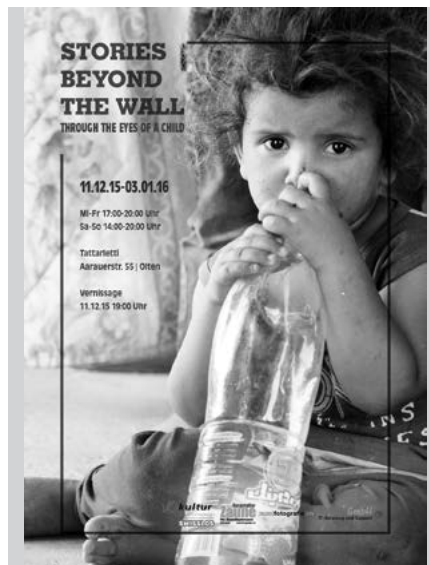
Vertreibung in Jerusalem • Rechtsrutsch • Korruption • Hamas und Fatah •
Hillary Clinton - Wirtschaftsbeziehungen • BDS-News

Editorial

Wenig beachtet von der hiesigen Öffentlichkeit, spitzt sich in Palästina/Israel die Lage deutlich zu. Eine neue Generation von PalästinenserInnen tritt in die Fussstapfen ihrer VorgängerInnen und erhebt sich zum überwiegend zivilen Widerstand gegen die immer rücksichtsloser werdende israelische Politik von Vertreibung, Unterdrückung und Diskriminierung. Im Oktober nahmen Zehntausende meist junge PalästinenserInnen an Demonstrationen im gesamten Gebiet des historischen Palästinas teil: im Westjordanland, im Gazastreifen und in den von PalästinenserInnen bewohnten Gebieten Israels. Auch palästinensische Flüchtlinge in den benachbarten arabischen Ländern schlossen sich den Protesten an.

An der Spitze der Revolte steht eine Generation junger, furchtloser AktivistInnen, die sich nicht länger von der Brutalität des israelischen Regimes einschüchtern lassen und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit einfordern. Israel antwortet mit harter Repression, mit erdrückender militärischer Gewalt und zunehmend mit aussergerichtlichen Hinrichtungen.

Schweizer Medien interessieren sich für die Gewalt in Palästina/Israel meist nur, wenn jüdische Israelis verwundet oder getötet werden. Die Ursachen für die aktuellen Ereignisse und die Tatsache, dass die palästinensische Bevölkerung ständig Opfer von Gewalt ist, kommen kaum zu Wort. Auf der Website von BDS Schweiz (www.bds-info.ch) haben wir eine Reihe von interessanten Hintergrundartikeln und Stellungnahmen zur aktuellen Situation veröffentlicht, darunter ein Merkblatt der palästinensischen BDS-Führung (BNC) mit Antworten auf häufig gestellte Fragen; dazu Texte zur prekären Lage von JournalistInnen und medizinischem Personal, die von Israel häufig gezielt unter Beschuss genommen werden, und vieles mehr.



11. Dezember 2015 bis 3. Januar 2016
Mi–Fr 17 bis 20 Uhr
Sa–So 14 bis 20 Uhr
Tattarietti, Aaraustrasse 55, Olten

Das vorliegende Palästina-Info geht vor dem Hintergrund der aktuellen Zuspitzung auf den markanten Rechtsrutsch in Israel ein und bringt einen Beitrag über den Vertreibungs- und Verdrängungsprozess in Jerusalem. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit der Korruption in der palästinensischen Autonomiebehörde und benennt das Versagen der politischen

Führung, sinnvolle Perspektiven für den Widerstand und den Kampf um Selbstbestimmung zu bieten. Daneben gibt es Besprechungen neuerer Publikationen und einen Überblick über Entwicklungen in der internationalen BDS-Bewegung.

Die Bilder von Kindern und Jugendlichen in dieser Ausgabe sind, wo nicht anders bezeichnet, einer multimedialen Ausstellung zum Thema „Stories beyond the Wall through the eyes of a child“ entnommen und wurden von Christina Brun zur Verfügung gestellt. Für zwei Monate bekamen die Kinder des Dheisheh-Flüchtlingslager in Bethlehem/Westjordanland die Möglichkeit, ihr Zuhause zu porträtieren. Die Ausstellung in Olten lädt dazu ein, Palästina auf einem anderen Weg zu begegnen.

Einen herzlichen Dank möchten wir allen SpenderInnen aussprechen, die einen wichtigen Beitrag zur Ermöglichung dieser Publikation und unserer Öffentlichkeitsarbeit leisten. Zum zweiten Mal wird das Palästina-Info auf Französisch erscheinen. Teilen Sie uns mit, wenn Sie das Heft Leuten aus Ihrem Umfeld zukommen lassen wollen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!



Während drei Wochen wurde am Basler Rheinbord an die Kinder erinnert, die im Juli und August 2014 im israelischen Krieg gegen den Gazastreifen ums Leben gekommen sind. Zugleich wurde auf die Komplizenschaft der Schweiz hingewiesen: Ein hoher Anteil der getöteten Zivilpersonen fiel Drohnenangriffen zum Opfer – genau jenen Drohnen, deren Erwerb Parlament und Regierung im September zugestimmt haben.

Koloniale Vertreibung statt „Religionskrieg“

Nur Arafah

Die Gewaltspirale zwischen jüdischen SiedlerInnen und PalästinenserInnen in Jerusalem wird von den Medien oft vorschnell als „Religionskrieg“ apostrophiert. In Wirklichkeit sind die derzeitigen Gewaltausbrüche die Folge israelischer Pläne, Jerusalem weiter zu „judaisieren“ und die palästinensischen BewohnerInnen zu vertreiben. Zusammenfassung eines Beitrags zur illegalen Politik der israelischen Regierung in Jerusalem.



Reise nach Jerusalem. Wir und sie. Foto: Claudius Prößer, CC BY-NC 2.0

Die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen israelischen SiedlerInnen und PalästinenserInnen haben Jerusalem und die Al-Aqsa-Moschee letzten Winter einmal mehr in den Fokus der globalen Medien gebracht. Die Moschee gilt als das dritt wichtigste Heiligtum der islamischen Welt. Dort, wo sich der Felsendom befindet, soll der Prophet Mohammed der Legende nach auf seinem Pferd in den Himmel geritten sein. Die Juden/Jüdinnen verehren den Ort als einstige Stätte zweier heiliger Tempel.

Eine Gruppe von ultraorthodoxen Juden, die sich der „Tempelberg-Bewegung“ zurechnen, hat jüngst den seit 1967 gültigen Status quo der

heiligen Stätten verletzt, indem sie in den Bereich der Al-Aqsa-Moschee vorgedrungen ist. Von der israelischen Regierung fordern diese Fanatiker den Abriss der islamischen Kultstätten und an deren Stelle den Bau eines dritten jüdischen Tempels.

Die Zusammenstöße fanden einen Höhepunkt in der Entführung und Ermordung des palästinensischen Jugendlichen Mohammed Abu-Khedir im Juli 2014. Nachdem Yehuda Glick, eine Schlüsselfigur der Tempelberg-Bewegung, von einem Palästinenser bei einem Attentat schwer verletzt worden war, drangen ultraorthodoxe Juden erneut zur Al-Aqsa-Moschee vor. Am 30. Oktober 2014 verbannte

die israelische Regierung zum ersten Mal seit 1967 alle Gläubigen von der Moschee. Die Spannungen erreichten ihren Siedepunkt, als am 18. November 2014 bei einem palästinensischen Anschlag auf eine ultraorthodoxe Synagoge vier Besucher und ein Polizeioffizier getötet wurden.

Können nun alle diese Ereignisse tatsächlich als Beginn eines „Religionskrieges“ interpretiert werden? Hat sich ein politischer Konflikt um Land und fundamentale Rechte in einen Glaubenskrieg verwandelt? Westliche Medien wie der britische *Guardian* waren jedenfalls dieser Meinung. Der Knesset-Abgeordnete Moshe Feiglin will gar einen globalen Kampf „gegen die bösen Kräfte des extremen Islam“ erkennen. Schlimmer noch: Die Tempelberg-Bewegung stellt die Realität auf den Kopf, indem sie vorgibt, den Tempelberg von arabischer Besetzung befreien zu wollen. Auf diese Weise werden die Kolonisatoren zu Kolonisierten erklärt! Doch die Interpretation dieser Ereignisse als „religiöser Krieg“ ignoriert nicht nur die Realität des Kräftegleichgewichts zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten, sie verkennt auch die Geschichte und den Kontext, in dem sich die geschilderten Gewalttaten ereignet haben.

Die Al-Aqsa-Moschee: ein altes israelisches Ziel

Jüdisches Recht verbietet es den Juden/Jüdinnen, innerhalb des Al-Aqsa-Bezirks zu beten. Ihnen ist es lediglich erlaubt, die Stätte zu verehren. Der Besuch oder die Inbesitznahme werden abgelehnt, und zwar aus Furcht, den innersten Bezirk des mutmasslichen einstigen Tempels zu entweihen. Deshalb sind Juden/Jüdinnen angehalten, an der Al-Buraq-Mauer (der „Klagemauer“) zu beten. Nichtsdestotrotz haben es jüdische Extremisten seit Langem auf die Al-Aqsa-Moschee abgesehen, um dort einen neuen jüdischen Tempel zu bauen. 1982 beispielsweise drang Meir Kahane, Führer der rechtsextremistischen Kach-Partei, mit Gesinnungsgenossen zur Moschee vor. 1990 wurden 21 PalästinenserInnen bei Zusammenstößen

sen mit extremistischen SiedlerInnen getötet, als Letztere versuchten, die Al-Aqsa-Moschee zu betreten und dort den Grundstein für einen neuen jüdischen Tempel zu legen. 1996 führten archäologische Grabungen nahe der Al-Aqsa-Moschee zu Gewaltausbrüchen, die 70 PalästinenserInnen und 15 israelischen SoldatInnen das Leben kosteten.

Beinahe die Hälfte der Likud-Parteimitglieder unterstützt die extremistische Tempelberg-Bewegung. Zwischen 2008 und 2011 erhielt das Tempelberg-Institut jährlich über 100'000 US\$ an Subventionen vom israelischen Kultur- und vom Unterrichtsministerium. Im Jahre 2012 wurde gar mithilfe des Unterrichtsministeriums eine Ausbildungsstätte des Tempelberg-Instituts eröffnet. Die finanzielle Unterstützung der Regierung an ultraorthodoxe Juden/Jüdinnen zeigt, dass es sich bei deren Aktionen nicht bloss um die Taten isolierter ExtremistInnen handelt. Vielmehr zeichnet sich ein grosses zionistisches Projekt ab, das auf die sogenannte Judaisierung Jerusalems abzielt.

Schaffung neuer Realitäten in Jerusalem

Seit der Besetzung im Jahre 1967 hat Israel daran gearbeitet, aus einer multireligiösen und multikulturellen Stadt ein „wiedervereinigtes jüdisches Jerusalem“ unter exklusiver israelischer Kontrolle zu schaffen. In diesem Sinne hat die israelische Regierung in illegaler Weise 70 Quadratkilometer des Gebiets der Westbank annektiert, darunter 6,5 Quadratkilometer des Gebiets von Ostjerusalem. Die israelische Regierung hat die arabischen Wohngebiete von Bab al-Magharbeh und Harat al-Sharaf plattgewalzt, um dort Platz für ein neues jüdisches Quartier mit Häusern für SiedlerInnen und Synagogen zu bauen. Israel hat überdies das äussere Erscheinungsbild Jerusalems komplett umgestaltet, indem die Stadt mit einem Ring von jüdischen Siedlungen umgeben wurde, die über Strassen mit den illegalen Siedlungen im Westjordanland verbunden sind. Der Bau der Mauer



Die Al-Aqsa-Moschee. Foto: Michael Greub

von 2002 hat überdies die Grenzen der Waffenstillstandslinien von vor 1967 neu gezogen: Die Mauer hat die Stadt eingeschlossen und gleichzeitig einige von PalästinenserInnen bewohnte Gebiete ausgegrenzt. Auf diese Weise wurde eine jüdische Mehrheit innerhalb der Stadtgrenzen Jerusalems sichergestellt.

Darüber hinaus hat Israel die in Jerusalem lebenden PalästinenserInnen zu „permanent residents“ erklärt – ein Zivilstand, der gewöhnlich ausländischen BürgerInnen vorbehalten ist und ein Aufenthaltsrecht keineswegs garantiert. Die Identitätsausweise der „permanent residents“ werden denn

auch öfters widerrufen. Zwischen 1967 und 2013 hat Israel die IDs von mehr als 14'300 palästinensischen „Aufenthaltern“ annulliert. Gemäss einem Gesetz aus dem Jahre 2003 haben PalästinenserInnen aus dem Westjordanland, die Aufenthalter in Jerusalem heiraten, kein Anrecht auf den Status als „permanent resident“. Sie erhalten lediglich ein zeitlich beschränktes Aufenthaltsrecht. Auf der anderen Seite erhalten bekanntlich Juden/Jüdinnen, die nach Jerusalem einwandern, unverzüglich das volle Bürgerrecht. Diese Tatsachen weisen auf den Apartheidcharakter des israelischen Regimes hin.



Dritter Tempel statt Moschee: Vision der Tempelberg-Bewegung in einem Propagandavideo

Während die israelische Regierung die jüdische Präsenz in Jerusalem stärkt, schränkt sie die städtische und demografische Expansion der PalästinenserInnen ein, und zwar durch eine Zonenpolitik, die nichts anderes als eine ethnische Säuberung darstellt. Mehr als ein Drittel des Landes in palästinensischen Wohngebieten sind als „open landscape areas“ klassifiziert worden, wo Bauen verboten ist. Da das Bauen damit auf lediglich 14% der Wohnfläche in Ostjerusalem beschränkt ist, herrscht eine ausgesprochene Wohnungskrise. Ausserdem hat Israel zwischen 1967 und 2013 in Jerusalem 1673 Häuser zerstört, wovon ungefähr 8000 Menschen betroffen sind. Mit all diesen aggressiven Mitteln will die israelische Regierung ein Verhältnis von 30% „Arabern“ und 70% Juden/Jüdinnen innerhalb der politischen Gemeinde von Jerusalem erreichen.

Die Diskriminierung von PalästinenserInnen lässt sich auch in der Diskrepanz von Leistungen des öffentlichen Dienstes gegenüber jüdischen und „arabischen“ Wohngebieten erkennen. Weniger als 10% des städtischen Budgets sind für die palästinensischen Distrikte reserviert, obwohl PalästinenserInnen denselben Betrag an Eigentumssteuern bezahlen wie die jüdischen BürgerInnen.

Die „Judaisierung“ ist von einer „Entpalästinensierung“ begleitet, die darauf abzielt, die palästinensische Identität der Stadt auszulöschen. So wurde die Sultan Suleiman al-Qanuni-Strasse in König-Salomon-Strasse, der Wadi Hilweh-Distrikt von Silwan in „Stadt Davids“ umbenannt. Dieser Prozess ist verbunden mit der Neuschreibung der Geschichte gemäss zionistischer Auslegung. In diesem Sinne werden archäologische Funde dazu benutzt, eine fiktive jüdische Geschichte der Stadt zu konstruieren. Das Erbe aller nichtjüdischen historischen Epochen wird dabei ignoriert.

Die zionistische Kontrolle des historischen Narrativs hat Auswirkungen auf das Bildungssystem. Seit März 2011 versucht die israelische Regierung, palästinensischen Schulen, die Budgetzuwendungen von den israelischen Autoritäten erhalten, Schulbücher der Jerusalem Education Administration aufzuzwingen. Bis jetzt haben sich fünf Schulen dem Druck gebeugt. Diese Bücher konfrontieren palästinensische SchülerInnen mit einem einseitigen Geschichtsbild, das Themen, die sich auf die palästinensische Identität oder das palästinensische Erbe beziehen, vernachlässigt.

Ein Leben in Armut

Das von der Regierung geschaffene Klima der Repression hat zum Ziel,

ein aktives palästinensisches Leben in der Stadt zu untergraben. Seit 2001 hat die Regierung mindestens 31 kulturelle oder politische palästinensische Institutionen schliessen lassen. Der Exodus palästinensischer Intellektueller hat in der Stadt ein Vakuum hinterlassen: Es fehlt die Präsenz einer palästinensischen Führung.

Nach bald 40 Jahren israelischer Besatzung leiden die PalästinenserInnen in Ostjerusalem unter einer extrem hohen Armut: 75% gelten gemäss der von den Israelis definierten Armutsgrenze als arm. Der Handels- und Tourismussektor sind am kollabieren. Investiert wird nur noch wenig. Gesundheits- und Bildungswesen sind ausgelaugt. Und die Lebenshaltungskosten sind hoch.

In diesem Kontext sollten die gewalttätigen Zusammenstösse mit jüdischen Israelis als das gesehen werden, was sie tatsächlich sind, nämlich Akte der Verzweiflung und des Widerstands gegen Besatzung, Apartheid, ethnische Säuberung, Landraub, Vertreibung und ökonomische Marginalisierung. Die Übergriffe der ultraorthodoxen jüdischen SiedlerInnen auf den Al-Aqsa-Bezirk und die Rufe nach dem Bau eines dritten Tempels haben die schwelende Verzweiflung bloss zum Aufflammen gebracht. Die Fokussierung auf die religiöse Dimension des Konflikts bei gleichzeitigem Übersehen der eigentlichen Gründe spielt letztlich der israelischen Regierung in die Hände, die den „Religionskrieg“ dazu benutzt, von den Ausmassen ihrer Apartheidpolitik abzulenken. [...]

Zusammengefasst und übersetzt von Peter Haenger.

Nur Arafah ist Mitarbeiterin des palästinensischen Netzwerks Al-Shabaka. Der Beitrag wurde aus Anlass der letztjährigen Ereignisse verfasst, die weiter aktuell sind und derzeit eine Verschärfung erfahren.

Quelle:

Nur Arafah, In Jerusalem, „Religious War“ Is Used to Cloak Colonialism, <http://bit.ly/1PdiyoD>



SiedlerInnen über den Dächern der Altstadt. Foto: Roman Vonwil

Rechtsrutsch und Rechtsextremismus in Israel

Peter Haenger

Regierung und Gesellschaft in Israel sind innerhalb der letzten zehn Jahre stark nach rechts gerückt. Ultrarechte Politiker sind bis an den Kabinetttisch vorgezogen. In der Gesellschaft verstärkt sich eine antidemokratische und rassistische Stimmung. Und Regierung sowie Gerichte tun sich schwer, „jüdischen Terror“ als solchen zu verfolgen.



Graffiti von Rechtsextremen in Tel Aviv. Neal Ungerleider, CC BY-NC 2.0

Ajelet Schaked identifiziert sich öffentlich mit Aussagen, die die Mütter von palästinensischen Attentätern in die Hölle wünschen: „Nichts wäre gerechter“, zitiert sie einen extremistischen Scharfmacher, denn solche „Mütter müssen verschwinden, und ebenso die Häuser, in denen sie diese Schlangen grossgezogen haben“. Eli Ben-Dahan wiederum bezeichnet PalästinenserInnen als „Tiere“, die kein Recht auf Leben hätten. Und Naftali Bennett rühmt sich öffentlich, „schon viele Araber getötet zu haben“, da diese nichts weiter als „Grantsplitter im Arsch“ seien.

Man könnte all diese Schmähungen als das grosssprecherische, rassistische und menschenverach-

tendes Geschwätz von rechtsextremen Spinnern abtun, wenn es sich bei den Zitierten nicht um die derzeitige israelische Justizministerin, den derzeitigen israelischen Vize-Verteidigungsminister und gleichzeitigen Chef der Militärverwaltung in dem von Israel besetzten Westjordanland sowie den derzeitigen israelischen Bildungsminister handeln würde. Interessierte Beobachter müssen auch nicht lange suchen, um solche Zitate zu finden: Es genügt, die entsprechenden Wikipedia-Artikel zu diesen staatstragenden zionistischen „Meinungsführern“ anzuklicken.

Längst haben es ExponentInnen der nationalreligiösen Siedlerpartei „Das jüdische Heim“ wie Schaked,

Ben-Dahan und Bennett geschafft, in die Regierung und damit ins Zentrum der Macht vorzudringen. Zusammen mit der anderen ultrarechten Partei „Unser Haus Israel“ des bekenndenden Rassisten Avigdor Lieberman errang die Siedlerpartei bei den letzten Knessetwahlen knapp 12 Prozent der abgegebenen Stimmen. Insgesamt haben die Rechtsparteien im März dieses Jahres 43 Prozent der Stimmen erhalten (vgl. Palästina-Info 1/2015).

Das Wahlergebnis ist Ausdruck einer zunehmend chauvinistischen Stimmung in Israel. Studien zeigen, dass das Land in den letzten zehn Jahren immer rassistischer geworden ist und Teile der gesellschaftlichen Mitte offenbar ihre Scheu vor dem politischen Extremismus verloren haben. Gemäss dem Israeli Democracy Index von 2013 lehnen es mittlerweile 47,6% der befragten jüdischen Israelis ab, arabische Familien als Nachbarn zu haben. 56,9% der befragten Juden und Jüdinnen können es sich nicht vorstellen, in der Nachbarschaft von ausländischen Arbeitern zu wohnen. Und 43,8% der Befragten sind gar der Meinung, arabische BürgerInnen sollten aus Israel vertrieben werden.

Die jährlich erhobenen repräsentativen Umfragen weisen darauf hin, dass sich mehr und mehr jüdische Israelis zu einer veritablen Einschränkung demokratischer Grundsätze bekennen und ein ethnokratisches Herrschaftssystem befürworten. So stimmen 49% der befragten jüdischen Israelis der Aussage zu, jüdische BürgerInnen des Staates Israel sollten mehr Rechte haben als nicht-jüdische. Dass Menschenrechtsorganisationen einen zunehmend schweren Stand im Land haben, zeigen folgende Ergebnisse der jährlichen Umfragen: 51,8% der jüdischen Israelis meinen, Menschenrechtsorganisationen seien „schädlich“ für den Staat Israel (Democracy Index 2013). Und 48,3% wollen es RednerInnen sogar verbieten, den Staat Israel in der Öffentlichkeit „harsch zu kritisieren“ (Democracy Index 2014).

Jüdischer Terror

Die rechtsnationale Stimmung im Land bereitet den Bodensatz für rassistische und rechtsextremistische Organisationen. Es sind Organisationen, die Gewalt und Terror gegen die arabische Bevölkerung sowohl in Israel selbst als auch in den besetzten Gebieten ausüben. Eine solche extremistische Gruppierung ist beispielsweise Lehava, die sich den Kampf gegen „Assimilation im Heiligen Land“ auf die Fahnen geschrieben hat. Die ExtremistInnen agitieren gegen persönliche und geschäftliche Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden. Überall in Jerusalem findet man an Bushaltestellen, Strassenschildern und in Hauseingängen Aufkleber, die das Gedankengut von Lehava verbreiten. Arabische Männer werden da mit Sprüchen wie „Denk nicht einmal an eine jüdische Frau“ gewarnt. Andere Sticker erinnern jüdische Israelis nachdrücklich daran: „Juden stellen nur Juden an.“ Schläger der Gruppierung attackieren nicht nur PalästinenserInnen, sondern auch jüdische Israelis, die gegen Hass und Rassismus protestieren. Oft schaut die israelische Polizei tatenlos zu, wenn es zu solchen Gewaltübergriffen kommt.

Auch der Terror radikalierter jüdischer SiedlerInnen gegen die Bevölkerung in den besetzten Gebieten ist Ausdruck rechtsextremistischer Gesinnung. Jüdische ExtremistInnen zünden Moscheen und Kirchen an, zerstören palästinensische Häuser und Olivenbäume und verschmieren die Tatorte mit rassistischen Hassparolen. Trauriger Höhepunkt dieser Hassausbrüche war der Brandanschlag im Juli letzten Jahres auf das Haus einer palästinensischen Familie in Duma nahe Nablus, dem das Kleinkind Ali Saad Dawabsha und seine Eltern zum Opfer fielen. Ihre Taten bezeichnen die Siedler als „Preisschild“ für jede Beschränkung im Siedlungsbau.

In der Tat hatte die Regierung kurz vor dem Anschlag auf Anordnung des Obersten Gerichts zwei illegale Häuser in der Siedlung Bet

El nordöstlich von Ramallah abreißen lassen. Zwar hat Regierungschef Netanyahu nach langem Zögern die Taten der „Price-tag-Bewegung“ als „jüdischen Terrorismus“ bezeichnet. Er hat aber den SiedlerInnen, auf deren Stimmen seine rechts-religiöse Koalition angewiesen ist, einmal mehr nachgegeben und den Bau von 300 neuen Wohnungen in Bet El genehmigt. Ein fatales Signal, denn den extremistischen SiedlerInnen muss das als Sieg und Lohn ihrer mörderischen Tat vorgekommen sein: 300 neue Wohnungen für zwei abgerisene Häuser!

Antiterror-Gesetzgebung

Die Regierung tut sich mit der Bekämpfung des jüdischen Terrors ganz offensichtlich schwer, und jeder weiss, dass die israelischen Gerichte Nichtjuden/Nichtjüdinnen härter anpacken. Das im September in der Knesset durchgebrachte Antiterror-Gesetz, dem auch die Arbeitspartei von Jitzach Herzog zustimmte, soll sich denn auch vor allem gegen den palästinensischen Widerstand richten. Das neue Gesetz hat die Definition dessen, was ein Terrorist sein soll, in geradezu totalitärer Form verschärft. Gemäss der allgemeinen antidemokratischen Stimmung sollen hier demokratische Grundsätze geschleift werden.

Bereits die Androhung einer terroristischen Tat gilt nun als „terroristischer Akt“ und wird auch als solcher geahndet. Jede/r über zwölf Jahre ist ein „Terrorist“, wenn er/sie vermurmt Steine wirft, an illegalen Protesten teilnimmt und dabei eine „feindliche“ (sprich: palästinensische) Fahne schwingt oder die israelische Flagge verbrennt. Solchen „Terroristen“ kann künftig die israelische Staatsbürgerschaft oder gar das Aufenthaltsrecht in der Westbank entzogen werden. Familien von „Terroristen“, die weiter zu ihren Angehörigen stehen und deren Tat öffentlich gutheissen, verlieren ihre Staatsbürgerschaft und werden in den Gazastreifen deportiert. Selbst Menschen, die solche „Terroristen“

„unwissentlich“ unterstützen, können aufgrund des neuen Antiterror-Gesetzes belangt und als „Sympathisanten“ mit bis zu 30 Jahren Haft bestraft werden. Der Regierung ist es letztlich ohne Verfahren überlassen, welche Organisationen sie als „terroristisch“ einstuft. Und als „Terroristen“ eingestufte Menschen können ohne Anklage jahrelang in Administrativhaft genommen werden.

Besonderheit

In allen demokratisch verfassten Gesellschaften lassen sich derzeit rechtsnationale bis rechtsextremistische Strömungen beobachten. Der Staat Israel weist aber eine institutionelle Besonderheit auf: Entgegen laizistischen und republikanischen Prinzipien betont er religiöse und ethnische Merkmale. In seiner Selbstdefinition ist Israel nicht nur ein „demokratischer“, sondern eben auch ein „jüdischer“ Staat. Es ist ein Staat, in dem sich eine Volksgruppe über andere erhoben hat. Und es ist ein Staat, der widerrechtlich fremde Gebiete besetzt hält, wo er ebenso widerrechtlich eigene BürgerInnen ansiedelt. Antidemokratische Gesinnung in Israel lässt sich denn auch aufgrund der Präferenzen gegenüber den Kategorien „demokratisch“ und „jüdisch“ ablesen. Noch im Jahre 2010 schrieben 48% der befragten jüdischen Israelis den Kategorien „jüdisch“ und „demokratisch“ eine gleichwertige Bedeutung zu. Heute tun dies nur noch 24% (Democracy Index 2014). Knapp 39% der Befragten geben „jüdisch“ gegenüber „demokratisch“ den Vorzug (umgekehrt sind dies bloss 33,5%). Der Rest der Befragten ist indifferent.

Korruption in Palästina

Tariq Dana

Die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten betrachten Korruption als ein gravierendes Problem. Zusammenfassung eines Artikels, der Korruption als strukturelles Problem des palästinensischen Politsystems mit tiefgreifenden und langjährigen Wurzeln analysiert.



Grab von Yassir Arafat. Orientalizing. Foto: PRO, CC BY-NC-ND 2.0

Aktuelle Studien kommen zum einheitlichen Ergebnis: Korruption wird von einer überwältigenden Mehrheit der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten als ein gravierendes Problem angesehen, das nur vom Problem der Besatzung selbst übertroffen wird. Vor dem Hintergrund der anhaltenden israelischen Kolonisierung und Besatzung und der Art und Weise, wie Israel Korruption unterstützt und ausnützt, reichen konventionelle Mittel der Korruptionsbekämpfung nicht, um dem Problem beizukommen.

Korruption ist im palästinensischen Politsystem tief verwurzelt. Sie ist wesentlich gekennzeichnet durch Klientelismus aus, d.h. durch Abhängigkeiten, die über verwandtschaftliche Beziehungen (Clans, Familienverbände) strukturiert sind und sich mit Parteizugehörigkeiten überschneiden. Durch Kontrolle über öffentliche Mittel sichert sich die herr-

schende Klasse ihre politische wie wirtschaftliche Macht und damit ihre Anhängerschaft.

Bereits in der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) war das Verhältnis zwischen politischer Führung und nationalen Institutionen geprägt durch Vetternwirtschaft. Missliebige Personen wurden ausgegrenzt, Parteiprojekte mehr oder weniger widerspruchslos durchgedrückt. Wenig überraschend wurde dasselbe Funktionieren auch von der seit den Oslo-Abkommen in den besetzten Gebieten etablierten Palästinenserbehörde (PA) übernommen. Stellen werden oft durch inkompetente Personen besetzt, Fehler kaum geahndet. Da in der palästinensischen Gesellschaft Clans nach wie vor einen grossen Einfluss geniessen, wurden Angehörige einflussreicher Familien auf leitende Posten berufen. Oppositionelle Stimmen

wurden entweder über Posten kooperiert, die mit Privilegien einhergehen, aber Konformität voraussetzen, oder aber mittels Lohneinstellungen, Versetzungen oder anderen das Arbeitsrecht verletzenden Massnahmen bestraft. Der Korruption ist damit Tür und Tor geöffnet. Dabei handelt es sich um ein strukturelles Problem, das über individuelles Fehlverhalten weit hinausreicht.

Um parteipolitische Loyalitäten zu sichern, spielt die Kontrolle über lebenswichtige Ressourcen eine wesentlich wichtigere Rolle als überzeugende wirtschaftliche, soziale oder politische Programme. Auf diese Weise wurden gerade im öffentlichen Sektor enorme Abhängigkeiten geschaffen. Das spielt der israelischen Regierung in die Hände, die mit den Oslo-Abkommen im Wesentlichen das Ziel verfolgte, auf dem territorial zersplitterten und abgeriegelten Territorium der besetzten Gebiete einen abhängigen Apparat zu schaffen, der über Finanzmittel kontrollierbar ist, die im Wesentlichen von Geberstaaten aufgebracht werden. Die PA unterhält gegenwärtig einen Stab von 165 000 Beamten, deren Löhne vollständig aus Geldern internationaler Budgethilfe an die PA bestritten werden. Rund die Hälfte sind im Sicherheitssektor tätig, der wesentlich mehr Gelder absorbiert als beispielsweise Gesundheit und Bildung. Die Legislative ist weitgehend lahmgelegt und kann keinerlei Kontrollfunktion ausüben, sodass sich die Regierung gegenüber der Öffentlichkeit für ihre Haushaltspolitik nicht verantworten muss.

Da die herrschenden Eliten weitgehend politische, soziale und rechtliche Immunität geniessen, ist das Ausmass an Korruption, das bis in die höchsten Ebenen politischer Macht reicht, schwer abschätzbar. Missstände werden meist nur in den spektakulären Fällen öffentlich, wo führende Persönlichkeiten im Zug politischer Abrechnungen von ihren Gegnern denunziert werden. Fälle von Machtmissbrauch und persönlicher Bereicherung gibt es insbesondere bei Monopolen und der Landvergabe (an Immobilienfirmen etc.). Enorme Einkommensun-

terschiede innerhalb der PA sind ein weiterer Faktor, wie sich Einzelne auf dem Rücken der restlichen Bevölkerung bereichern. Obwohl die Korruption die palästinensische Wirtschaft klar schwächt, ist an dieser Stelle festzuhalten, dass ihre Auswirkungen in keinem Verhältnis zu den Folgen der systematischen Zerstörung der palästinensischen Wirtschaft durch Israel stehen.

Im Mechanismus der Aufrechterhaltung von Korruption spielt Israel sogar eine wichtige Rolle. So wären die von hochrangigen PA-Funktionären und deren Partnern in der Privatwirtschaft betriebenen privat-öffentlichen Monopole ohne die Mitwirkung israelischer Unternehmen und die Zustimmung der israelischen Regierung und des Sicherheitsapparats nicht möglich. Eine direkte Beteiligung besteht auch im Fall der „Geheimkonten“, die einzelne PA-Funktionäre im Ausland eröffnet haben und auf die ein Teil der von Israel eingetribenen palästinensischen Steuergelder überwiesen wurde. Das hindert die israelische Regierung nicht daran, die Korruption auf palästinensischer Seite immer wieder anzuprangern, nicht zuletzt, wenn es darum geht, Druck aufzubauen und missliebige Personen (z.B. Arafat) zu schwächen.

Für die Bevölkerung bedeutet die Korruption, dass knappe Ressourcen verschleudert und privat angeeignet werden, wodurch sich die sozialen Probleme zuspitzen. Sie fördert Ungleichheit, untergräbt den sozialen Zusammenhalt und schwächt die Pa-

lästinenserInnen im Kampf um die Durchsetzung ihrer Rechte. Erste Proteste in den 90er-Jahren wurden mit Repression beantwortet, konnten aber nicht ganz zum Schweigen gebracht werden. Die Unzufriedenheit mit Misswirtschaft und Korruption war auch 2006 ein wesentlicher Faktor für den Wahlsieg der Hamas. Allerdings begann diese nach der Übernahme von Regierungsverantwortung mit dem Aufbau eines eigenen klientelistischen Netzwerks und profitierte im Gazastreifen insbesondere im Rahmen der Tunnelökonomie massiv von intransparenten Einnahmen. In der Konfrontation zwischen Fatah und Hamas spielt die Frage der Besetzung einflussreicher Posten bis heute eine wichtige Rolle.

Eine von der PA 2010 eingerichtete Kontroll- und Beschwerdeinstanz scheint bislang nur sehr selektiv zu funktionieren und leidet unter mangelnder Unabhängigkeit vom politischen Establishment. Gleichzeitig hat die Repression gegenüber KritikerInnen in den letzten Jahren zugenommen. So wurden z.B. Websites mit einschlägigen Recherchen geschlossen.

Um die Korruption erfolgreich bekämpfen zu können, müsste die gesamte politische Struktur tiefgreifend reformiert werden, was parlamentarische Kontrolle, Rechenschaftspflicht, Überprüfung von Institutionen und ein unabhängiges, gut funktionierendes Rechtssystem beinhalten müsste. Die Zivilgesellschaft müsste eine wichtige Rolle als Kontrollorgan spie-

len. Auch eine Reform der internationalen „Hilfsindustrie“¹ wäre nötig, da diese mit ihrem intransparenten Funktionieren und der fehlenden Rechenschaftspflicht einen Nährboden für Korruption bildet.

Viele Faktoren lassen einen solchen Prozess für die nächste Zeit aber unwahrscheinlich erscheinen: Die PalästinenserInnen genießen keine Souveränität, viele kämpfen angesichts der seit nahezu fünfzig Jahren anhaltenden Besatzung und der Abriegelung um ihr tägliches Überleben. Die Mehrheit der PalästinenserInnen sind Flüchtlinge, die unter prekären Bedingungen leben, ein geringerer Prozentsatz sind zweitklassige BürgerInnen in Israel. In dieser Situation der Gespaltenheit schwächt Korruption die Durchsetzungsfähigkeit der palästinensischen Nationalbewegung und spielt der israelischen Besatzung in die Hände. Umso wichtiger wäre es, im Rahmen einer umfassenden Strategie des Kampfs um Selbstbestimmung und Durchsetzung der nationalen palästinensischen Rechte auch die Umstrukturierung der Institutionen nach demokratischen Standards in Angriff zu nehmen. Ausserhalb einer solch umfassenden Strategie besteht wenig Hoffnung, der Korruption beikommen zu können.

Zusammenfassung: Birgit Althaler

Tariq Dana unterrichtet und forscht zu politischer Ökonomie am Institut für Internationale Studien der Universität Birzeit und ist aktiv im Palästinensischen Politnetzwerk Al Shabaka.

Quelle:

Tariq Dana, Corruption in Palestine: A Self-Enforcing System, 18.8.2015, <https://alshabaka.org/briefs/corruption-in-palestine/>

1 Der Begriff „international aid industry“ spielt auf die Auseinandersetzung um die systemstabilisierende Rolle internationaler Organisationen im Israel/Palästina-Konflikt an, zu der von palästinensischer Seite diverse Studien veröffentlicht wurden. Siehe z.B. Sari Hanafi und Linda Tabar, The Emergence of a Palestinian Globalized Elite: Donors, International Organizations and Local NGOs.



Bauen für palästinensische Eliten: Rawabi nahe Birzeit

Hamas und Fatah – kritisch beleuchtet

Hanspeter Gysin

Will man sich seriös mit dem Konflikt um Palästina befassen, lohnt es sich, die politischen Hauptakteure des palästinensischen Widerstands auf differenzierende Weise zu beurteilen. Das hat Helga Baumgarten in ihrem Buch „Kampf um Palästina – Was wollen Hamas und Fatah?“ auf umfassende Weise getan.

Das Buch gliedert sich in einen ersten Teil, in welchem die Gruppierungen auf Basis ihrer politischen und ideologischen Herkunft charakterisiert werden, einen zweiten, der die politische Entwicklung und die massgeblich von aussen geschürten internen Konflikte von 1948 bis 2013 beschreibt und sich mit dem sogenannten Friedensprozess zwischen 1993 und 2000 auseinandersetzt, und einen dritten Teil, der sich mit der neueren Geschichte, z.B. den Folgen der palästinensischen Wahlen von 2004/05/06 und schliesslich mit möglichen Perspektiven befasst.

1947/48 anlässlich der Nakba wurde ein grosser Teil des historischen Palästinas ethnisch gesäubert, um gemäss zionistischem Plan in Palästina den jüdischen Staat zu etablieren.

1959 wurde von ExilpalästinenserInnen (darunter Jassir Arafat) in Katar die Fatah (Nationalbewegung zur Befreiung Palästinas) gegründet. Die Fatah vertrat damals ein Konzept der nationalen Befreiung nach dem Vorbild Algeriens oder Vietnams. Sechs Jahre nach Gründung, 1965, folgten erste Guerillaaktionen der Fatah gegen die damals im Bau befindliche Pipeline, die den Süden Israels mit Wasser versorgen sollte. „Nicht zufällig“ zu diesem Zeitpunkt, wie Helga Baumgarten schreibt, denn 1964 wurde auf Initiative des damaligen ägyptischen Staatschefs Jamal Abdel Nasser in Restpalästina, das inzwischen einerseits dem jordanischen Königreich angegliedert (Westjordanland), andererseits von Ägypten verwaltet war (Gaza), und in der palästinensischen

Diaspora eine neue Widerstandsorganisation, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), gegründet. Ideologisch gesehen war die PLO eine panarabische Bewegung, die nicht nur Palästina befreien, sondern den ganzen Nahen Osten und Nordafrika revolutionieren und zu einer Einheit führen wollte. Erst 1968, nach der vernichtenden Niederlage der (pan-)arabischen Anrainerstaaten, der Eroberung Restpalästinas durch Israel und weiteren Vertreibungen im Juni-Krieg von 1967, trat auch die Fatah dem PLO-Bündnis bei und übernahm in den Folgejahren als stärkste Kraft des Widerstands dessen Führung.

1987, fast 40 Jahre nach der Nakba, 20 Jahre nach der militärischen Besetzung Restpalästinas, so ist zu lesen, entfachte sich die erste Intifada, ein von breiten Schichten der palästinensischen Bevölkerung getragener, gewaltloser Volksaufstand. Im Verlaufe dieser Revolte trat Hamas (die Bewegung des islamischen Widerstandes), eine aus dem Orden der Muslimbrüder hervorgegangene Organisation, auf die Bühne des Befreiungskampfes. Ihr Auftritt als politische Kraft war eine Reaktion auf die blutige Unterdrückung der Intifada durch die israelische Armee, die jahrzehntelangen ergebnislosen Verhandlungen mit den Kolonialisten und ihrer Schutzmacht USA, vor allem aber auf die Bereitschaft der PLO, all ihre früheren Grundsätze zugunsten eines ungewissen Verhandlungsprozesses über Bord zu werfen. In ihrer im Folgejahr verabschiedeten Revision der Nationalcharta von 1968 gestand die PLO den Verzicht auf den grössten Teil des historischen Palästinas zugunsten eines Kleinststaates im Rahmen einer „Zweistaatenlösung“ zu, verzichtete vollständig auf die Option der bewaffneten Gegenwehr und sprach eine formale Anerkennung der Besatzungsmacht Israel aus. Die Hamas antwortete auf diese politische Entwicklung mit einer eigenen Charta, die am Anspruch auf das historische Palästina, dem bewaffneten Widerstand und der Nichtanerkennung der Besatzungsmacht beharrte. Die Gruppe, schreibt Helga Baumgarten,



Mit den Augen von Kindern, Foto: Christina Brun

betrachtet die Rückkehr zum „wahren Islam“ als einzige Möglichkeit der Befreiung vom Joch der Besatzung. Ihr religiös-nationalistisches Konzept entspreche spiegelbildlich dem der national-religiösen Israelis, die sich auf „Gottes Vorsehung“ berufen.

Zentral beschäftigt sich Helga Baumgarten mit der Frage der Befreiungsstrategien und stellt fest, dass nach dem Scheitern der einen Vorgehensweise wieder die andere zum Zuge kommt: Scheitert der bewaffnete Kampf, wird er durch Diplomatie abgelöst, bis zum Zeitpunkt, in dem auch das Scheitern sogenannter Friedensprozesse offensichtlich wird. Beide Strategien sind gescheitert, aber was ist die Alternative, wenn bedingungslose Kapitulation nicht infrage kommt? Kritisch stellt die Autorin fest, dass sich bedauerlicherweise weder die eine noch die andere Fraktion dazu durchringen kann, ihre Strategien kritisch zu bilanzieren oder verheeren. Die politische Fehlentscheidung einer Selbstkritik zu unterziehen.

Einen wichtigen Platz nimmt im Buch die Analyse des sogenannten Oslo-Prozesses 1993 bis 2000 ein, dessen Resultat die heutige Aufspaltung der Restgebiete Palästinas in voneinander durch Mauern und militärische Sperrzonen isolierte Enklaven ist. Dazu schreibt Helga Baumgarten: „Der ‚Osloer Prozess‘, eigentlich als ‚Friedensprozess‘ aufgenommen, wurde als ‚Prozess‘ ohne Frieden mit einer Serie immer neuer Verhandlungsrunden geführt, die für Palästinenser keine Ergebnisse brachten. Parallel dazu zementierte Israel seine Besatzung in der Westbank und in und um Ostjerusalem durch den intensivierten Bau in den bestehenden israelischen Siedlungen und den Bau weiterer Siedlungen. Für eine Zweistaatenlösung stand damit aber zusehends weniger Land zur Verfügung. Die Siedlungspolitik aller israelischen Regierungen entzog dieser Lösung im wörtlichen Sinn den Boden.“

Genau deshalb ging 2006 die Hamas als haushohe Siegerin aus den palästinensischen Wahlen hervor. Das Resultat kann, nachdem in Palästina jahrzehntelang eher säkulare Parteien

den Ton angaben, kaum als unvermittelt Bekenntnis der Bevölkerung zur Religiosität der Hamas, sondern muss in der Diskreditierung der alten PLO und der Palästinensischen Behörde (PA) verstanden werden. Diese verloren in ihrer Kompromissbereitschaft gegenüber der Kolonialmacht noch und noch Terrain, was das Leben in den Besatzungszonen erschwerte und der politischen Führung den Vorwurf einbrachte, korrupt zu sein und zu sehr mit Israel zu kollaborieren.

Die Autorin erklärt auf plausible Weise, weshalb es unter den gegebenen Umständen, namentlich der stetigen, massiven Einflussnahme von aussen durch Israel und die internationale Staatengemeinschaft, für die Menschen in Palästina nicht leicht ist, sich für die eine oder andere Kraft des Widerstands zu entscheiden. Dabei kritisiert Helga Baumgarten auch konsequent Menschenrechtsverstöße beider Seiten, jedoch nicht ohne darauf aufmerksam zu machen, dass die Gewalt der Schwächeren eine Reaktion auf die Gewalt der unvergleichlich Stärkeren ist und nicht umgekehrt, wie oft suggeriert wird.

BeobachterInnen in Ländern, deren Regierungen die israelische Besatzungspolitik politisch, wirtschaftlich und finanziell unterstützen (und gelegentlich milde kritisieren), empfiehlt Helga Baumgarten, sich davor zu hüten, den Konflikt als Streit um territoriale Grenzen zwischen zwei eigensinnigen Parteien zu betrachten (wie das leider selbst bei Menschenrechtsgruppierungen wie Amnesty International oder Human Rights Watch vorkommt) und im Auge zu behalten, dass es sich um die Auseinandersetzung zwischen einer Besatzungsmacht und einer Bevölkerung handelt, die sich vom Joch dieser Unterdrückung befreien will, was ein wesentlicher Unterschied ist.

Manche mögen die relativ vielen Wiederholungen im Text störend empfinden, anderen verhelfen sie zur Vertiefung der Analysen. Interessant wäre gewesen, etwas mehr über die zahlreichen anderen, kleineren Gruppierungen zu erfahren, die von anderen ideologischen Grundsätzen ausgehend ebenfalls eine nicht unwe-

sentliche Rolle im Befreiungskampf spielen. Zudem fehlt im Buch leider jeglicher Hinweis auf die in Palästina lancierte und weltweit sich rasch ausbreitende BDS-Kampagne und deren politische Analyse.

Kampf um Palästina – Was wollen Hamas und Fatah?

224 Seiten, kartoniert, Herder, Freiburg 2013, ISBN 978-3-451-06543-9



Helga Baumgarten unterrichtet Politikwissenschaft an der Universität Birzeit nahe Ramallah im besetzten Westjordanland. Sie hat mehrere analytische Bücher über Hamas und andere Organisationen des palästinensischen Widerstands geschrieben. In der WoZ vom 15.10.2015 wurde ein Text von ihr zur aktuellen Lage veröffentlicht.

SUMUD

Palästinensisches Olivenöl

ganzjährig zu beziehen für 21 Fr. (0,75 l)
Bezug ► www.sumoud.ch

Hillary Clinton und die Zukunft im Nahen Osten

Stephanie Selg

Hillary Clinton bereitet sich auf ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr vor. Was brächte die Präsidentschaft der früheren Staatssekretärin im Hinblick auf die Lage im Nahen Osten und insbesondere für die Situation der PalästinenserInnen?



Clinton und Netanyahu in Sharm El-Sheikh, 14.9.2010 [State Department photo, Public Domain]

Die Kandidatur von Hillary Clinton als demokratische Präsidentschaftskandidatin wird von vielen bejubelt, die Unterstützung auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschenrechtskreisen ist gross. Dabei scheint für viele die inhaltliche Analyse des Wahlkampfes gegenüber der Aussicht, erstmals eine Frau zur US-Präsidentin wählen zu können, eine untergeordnete Rolle zu spielen. Für die Anliegen der PalästinenserInnen bedeutet Clintons Kandidatur nichts Gutes. Am 12. Oktober 2015 meldete sich Clinton zur neusten Gewaltwelle in Israel zu Wort, und ja, abermals bestätigte sich ihre eindeutig pro-israelische Haltung und ihre unausgewogene und unzureichende Analyse der Situation.

„Ich bin alarmiert über die neusten Attacken gegen Israelis ... Meine Gedanken und Gebete sind mit den Opfern und ihren Familien. ... Es gibt keinen Platz für Gewalt – nur im Dialog kann ein langfristiger Frieden gefunden werden.“

Kein Wort über die zu diesem Zeitpunkt über 27 getöteten und über 1000 verwundeten PalästinenserInnen, kein Wort über rechtsextremistische Übergriffe und Hinrichtungen, Polizeigewalt und Hunderte von verhafteten PalästinenserInnen seit Anfang Oktober 2015. Kein Wort über die möglichen strukturellen Ursachen, namentlich die israelische Besatzungspolitik. Ein Zufall? Nein. Clinton hat sich schon früher und nun auch in ihrem aktuellen Wahlkampf klar positioniert. Auf ihrer of-

fiziellen Webseite ist zu lesen, dass sie wichtige Partnerschaften weiter stärken will und dies insbesondere für Israel gelte. „Wer die Sicherheit Israels bedroht, bedroht die Sicherheit Amerikas.“ Auf der langen Liste von Maßnahmen zur Unterstützung Israels und zur Bekämpfung jeglicher Opposition stehen unter anderem der Gebrauch des Vetorechts der USA im Sicherheitsrat gegen israelkritische Resolutionen und der Widerstand gegen die BDS-Bewegung.

Am 6. Juli 2015 veröffentlichte die israelische Zeitung Haaretz einen Brief Clintons an den israelisch-amerikanischen Geschäftsmann und Wahlkampfsponsor Haim Saban. Darin bittet sie diesen um Rat, wie sie der immer stärker werdenden Bewegung zur Delegitimierung Israels entgegenzutreten könne, und erklärt deren Bekämpfung als eine ihrer Prioritäten. Als Senatorin und als Staatssekretärin habe sie „Dutzende von anti-israelischen Resolutionen der UNO, des Menschenrechtsrates und anderer Organisationen verhindert“. Nach der Veröffentlichung des Goldstone-Berichtes sei sie Israel ebenso beigestanden wie bei den Versuchen der palästinensischen Führung, sich unilateral mit der UNO einzulassen.

In ihrer überdeutlichen Parteinahme für Israel verzichtet Clinton auf jeglichen Verweis auf völkerrechtliche Normen und die Rechte der PalästinenserInnen. Clintons Geldgeber Saban seinerseits hat im Juni 2015 unter Mitwirkung diverser jüdischer Organisationen eine Konferenz in Las Vegas abgehalten, mit dem Ziel, Strategien zur Bekämpfung der BDS-Kampagne an amerikanischen Universitäten zu entwickeln. Mehrere Millionen US-Dollar seien zu diesem Zweck bereits gesammelt worden.

Es ist kaum anzuzweifeln, dass Clinton ihr Wahlversprechen bzw. ihre Drohung, „ein besserer Freund Israels zu sein als Obama“, wahrmachen wird. Eine gerechte und langfristige Lösung für Israel/Palästina wird wohl mit der Wahl der ersten Frau als amerikanische Präsidentin weiter denn je in die Ferne rücken.

On Palestine

Anne Grobet

„Man muss den Schlüssel dort suchen, wo man ihn verloren hat, und nicht dort, wo es beleuchtet ist.“

Der Menschenrechtsaktivist und Koordinator des Russell-Tribunals, Frank Barat, bringt in diesem Werk Noam Chomsky und den israelischen Historiker Ilan Pappé in einem Dialog über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Palästinas zusammen, der dazu einlädt, den Schlüssel dort zu suchen, wo wir ihn verloren haben. Chomsky und Pappé fordern uns auf, an der Essenz des Konflikts selbst und nicht an seinen Folgen anzusetzen, sie zu hinterfragen, zu kritisieren und zu bekämpfen. Den kolonialistischen Charakter der zionistischen Ideologie anzuprangern, Israel als Apartheidstaat zu beleuchten, einen Regimewechsel zu fordern statt des politischen Wandels des Regimes, die Sprache Palästinas neu zu erfinden und sie als ein Werkzeug der Veränderung einzusetzen. Für Chomsky und Pappé geht es im Grunde darum, sich nicht mehr durch das Licht blenden zu lassen, sondern wieder die Kontrolle über den Schalter zu übernehmen. Letztlich müsse man den semantischen und ideologischen Rahmen verlassen, den Israel und seine Unterstützer vorgeben, um die Umriss des Streits neu zu definieren.

In der Frage des Rückkehrrechts ruft Pappé dazu auf, über die Argumentation der Legitimität dieses Rechts für die PalästinenserInnen hinauszugehen und darüber zu sprechen, was dies konkret im Hinblick auf den rassistischen Charakter der israelischen Gesellschaft bedeutet. In der Frage der Anerkennung eines jüdischen Staates lässt Chomsky das Thema der Anerkennung hinter sich und zentriert die Diskussion erneut um den Begriff des jüdischen Charakters des Staates.

Was die Rolle der Zivilgesellschaft betrifft, finden sich zahlreiche Hinweise auf das südafrikanische Vorbild,

wobei Parallelen ebenso benannt werden wie die Grenzen dieses Vergleichs. Die Autoren rufen alle, die „interessiert sind, Palästina zu helfen“, dazu auf, „die Bemühungen zu unterstützen, um Israel zu einem Pariastaat zu machen, solange es die Politik der Besatzung, der Enteignung und der Apartheid fortführt“. Während Chomsky und Pappé die Bemühungen der BDS-Kampagne unterstützen, unterstreicht Chomsky, dass auch ein verstärktes Augenmerk auf die USA gelegt werden müsse. Er erinnert daran, dass das südafrikanische Regime als Pariastaat so lange überlebt hat, wie die USA es unterstützten.

Die Autoren betonen, dass vor Ort enorme Erwartungen bestehen und die Dramatik der Umstände dringend unmittelbare, greifbare Ergebnisse erforderlich macht. Sie unterstreichen aber auch, dass es einen besseren Ausgleich zwischen den Anstrengungen im Westen und denen vor Ort braucht. Während sie die Bedeutung der Woche gegen Apartheid und deren positive Wirkung betonen, rufen Chomsky und Pappé die Solidaritätsbewegung auch zu Aktionen auf, die beispielsweise den amerikanischen Botschafter in Jerusalem dazu bewegen könnten, sich vor Ort zu begeben und die direkten Folgen der Besatzung zu beobachten.

„Die Palästina-Frage zu diskutieren, ist ausschlaggebend für ein Verständnis darüber, wo wir uns als Menschen positionieren und was wir verteidigen.“ Um diese Diskussion zu führen, versammelt Frank Barat hier zwei der brilliantesten Denker zu dieser Thematik. Obwohl das gewählte Format des Gesprächs den beiden nicht ganz gerecht wird und sich das Buch teilweise durch Wiederholungen auszeichnet, erlauben der Dialog



Mit den Augen von Kindern, Foto: Christina Brun

zwischen den beiden Autoren und ihre Beiträge, die Entwicklungen der letzten fünf Jahre in Erinnerung zu rufen, und bieten interessante Perspektiven für den für die Befreiung Palästinas anstehenden Kampf. Das Buch eignet sich ausgezeichnet als Werkzeug für alle, die verstehen wollen, worum es in der Palästina-Frage im Wesentlichen geht. Leider eignet es sich etwas weniger für alle, die bereits über solide Kenntnisse verfügen.

Noam Chomsky, Ilan Pappé,
On Palestine, hg. von Frank Barat,
Haymarket Books, Chicago, März 2015,
ISBN 9781608464708,
Paperback und E-Book.



Wirtschaftsbeziehungen Schweiz–Israel im Fokus

Stephanie Selg

Die Verletzung fundamentaler Rechte der PalästinenserInnen durch Israel ist gut dokumentiert. Die Mitverantwortung der internationalen Gemeinschaft für diesen Zustand wird hingegen verharmlost. Eine Studie zeigt dies anhand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Israel auf und deutet Handlungsperspektiven an.

Drittstaaten sind durch eine Reihe menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Bestimmungen dazu verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten nicht Vorschub zu leisten und sich bei schweren Völkerrechtsverletzungen aktiv für deren Beendigung einzusetzen. Nachzulesen ist dies unter anderem im richtungweisenden Gutachten des Internationalen Gerichtshof zum Bau der israelischen Mauer aus dem Jahr 2004. Vielfach sind solche Verpflichtungen in nationalstaatlichen Verfassungen verankert. Eine direkte oder indirekte Unterstützung eines Unrechtszustands sowie dessen explizite oder implizite

Tolerierung tragen massgeblich zur Aushöhlung der Menschenrechte bei oder erfüllen ihrerseits direkt den Tatbestand einer Verletzung völkerrechtlicher Standards.

Die rund 80-seitige Studie „Wirtschaftsbeziehungen Schweiz–Israel und völkerrechtliche Kohärenz“ zeigt auf, wie die offizielle Schweiz und privatwirtschaftliche Akteure dazu beitragen, dass Verletzungen palästinensischer Grundrechte aufrechterhalten bleiben, und in ihren Beziehungen zu Israel die Systematik diskriminierender Politiken Israels weitgehend ausblenden. Die Daten zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen geben einen

groben Überblick über wirtschaftliche Schwerpunktsektoren von gegenseitigem Interesse, etwa im Bereich von Investitionen und Forschungsk Kooperationen, Handel, Tourismus und Bankenwesen, sowie deren Bedeutung für die Wirtschaft beider Länder.

Eingegangen wird dabei sowohl auf Aspekte der israelischen Politik und Wirtschaft als auch auf die Schweizer Aussenpolitik in Bezug auf Israel und den Palästina-Konflikt sowie aktuelle Initiativen im Bereich der Unternehmensverantwortung. Daraus abgeleitet werden Empfehlungen, wie auf gesetzlicher Ebene, in der politischen Analyse und in der konkreten wirtschaftlichen Tätigkeit die Diskrepanz zwischen ethischen Ansprüchen bzw. rechtlichen Verpflichtungen und der Realität im Kontext Israel/Palästina abgebaut werden könnten. Über die Studie verteilt finden sich zahlreiche Beispiele von „good practice“, d.h. Schritten, die Unternehmen, Regierungen, Kirchen, Hilfswerke, Gewerkschaften oder andere politische Akteure in verschiedenen Ländern unternommen haben, um ihr eigenes Engagement in Israel oder den besetzten Gebieten zu überprüfen und Druck auf andere Wirtschaftsakteure auszuüben, dies ebenfalls zu tun.

Business as usual

Die Studie weist auf konkrete Missstände hin. Gerade in der Ausgestaltung der aussenwirtschaftlichen Beziehungen und der militärischer Kooperation reagiert die Schweiz gemäss Studie „völlig unzureichend auf die kontinuierliche Verweigerung grundlegender Rechte der PalästinenserInnen durch Israel und trägt so Mitverantwortung für den anhaltenden Vertreibungs- und Verdrängungsprozess und die immer prekärere wirtschaftliche und soziale Lage der PalästinenserInnen“. Ein Hauptfaktor dabei ist die von Politik, Diplomatie und Wirtschaft betriebene Trennung in (schlechte, problematische) Besetzung und (interessanten, enger in den EU-Raum zu integrierenden) israelischen Wirtschaftsraum. Zu Israel gilt weitgehend ungeachtet der Besatzungspolitik und der insti-



Mit den Augen von Kindern, Foto: Christina Brun

tutionalisierten und faktischen Diskriminierung der palästinensischen BürgerInnen „Business as usual“. Die Schweiz trägt die Bemühungen um engere Integration von Israel in den europäischen Wirtschafts- und Forschungsraum mit. Die Situation der PalästinenserInnen und die Lage in den besetzten Gebieten werden dagegen separat unter dem Vorzeichen von „Konflikt“, Humanitärer Hilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit und „friedensfördernden Massnahmen“ behandelt.

Der israelische Staat selbst betrachtet das gesamte Gebiet des ehemaligen Mandats Palästina (also Israel in den Grenzen von 1948 und die 1967 besetzten Gebiete) als eigenes, integriertes Hoheitsgebiet und übt faktisch die rechtliche, wirtschaftliche, soziale und militärische Kontrolle über dieses gesamte Gebiet aus. Weder die führenden Wirtschaftsunternehmen noch die staatliche Planung unterscheiden zwischen besetzten Gebieten und israelischem Staatsgebiet. Der entscheidende Faktor in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen und Rechten ist nicht die geografische Lage (Israel versus besetzte Gebiete), sondern die Bevölkerungszusammensetzung: Palästinensische Gemeinden, Bezirke oder Stadtteile werden ökonomisch dies- und jenseits der grünen Linie massiv benachteiligt und behindert. Die staatliche Wirtschaftsförderung richtet sich gezielt an jüdische Wirtschaftssegmente und -räume.

Vorteile aus Diskriminierung

Die Rahmenbedingungen und die Struktur der israelischen Wirtschaft sind gemäss Studie eng mit dem Projekt der Aneignung palästinensischer Ressourcen für die Erhaltung und Ausweitung eines exklusiv „jüdischen“ Staats und der damit einhergehenden Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung verbunden. Die daraus entstehenden Bedingungen verschaffen der israelischen Wirtschaft erhebliche Vorteile gegenüber den verbleibenden Enklaven palästinensischer Wirtschaft.

Diese Rahmenbedingungen wer-

den zurzeit weder von der Schweizer Regierung noch von Unternehmen ausreichend beachtet. Doch private wie öffentliche Wirtschaftsakteure müssen unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich und ihrer Grösse sicherstellen, dass sie nicht in Völker- und Menschenrechtsverletzungen involviert sind; für problematische Länder und Branchen gilt eine erhöhte Sorgfaltspflicht. Auf den israelisch-palästinensischen Kontext bezogen, betrifft dies namentlich Sektoren, die mit diskriminierender Ressourcenallokation (Landwirtschaft, Wasser, Raumplanung), mit der Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes (Rüstungs- und Sicherheitsindustrie sowie Kooperationen in diesem Bereich), mit der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und Landkonfiszierungen sowie weiteren völkerrechtswidrigen Praktiken (Handel mit Siedlungsgütern etc.) zu tun haben.

Empfehlungen

Die Empfehlungen im letzten Teil der Studie fokussieren auf die Überprüfung bestehender Kooperationen und Geschäftsbeziehungen dieser unmittelbar mit Besatzung, Repression und Diskriminierung verbundenen Bereiche. An die Adresse von Bund, Kantonen und Gemeinden gerichtet, nennt die Studie prioritär die Einstellung der militärischen Kooperation und der Rüstungsgeschäfte mit Israel, den Rückzug von allfälligen staatlichen Investitionen an israelische Institutionen und Unternehmen, die an der Besatzung beteiligt sind, das Verbot der Einfuhr von Produkten aus israelischen Siedlungen und die Aufhebung der Steuerbefreiung für Stiftungen und Organisationen mit diskriminierenden Satzungen oder Praktiken. Insbesondere für den boomenden Sektor der Sicherheitsindustrie brauche es verbindliche Kontrollen zur Völkerrechtskonformität und anderenfalls den Ausschluss entsprechender israelischer Firmen und Institutionen aus staatlich geförderten Programmen, Kooperationen und Abkommen. Darüber hinaus soll die Schweiz Unternehmen aktiv über die Rechtslage und mögliche

strafrechtliche Konsequenzen von Geschäftstätigkeiten in den besetzten Gebieten informieren und verbindliche gesetzliche Grundlagen für Unternehmensverantwortung schaffen. In Israel tätigen Wirtschaftsunternehmen wird empfohlen, zu überprüfen, ob sie mit ihren Geschäftsbeziehungen nicht diskriminierenden Praktiken und Völkerrechtsverletzungen Vorschub leisten, und anderenfalls ihre Tätigkeit vor Ort einzustellen.

Erörtert wird auch die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen sowie deren Möglichkeiten, den politischen Handlungswillen zu stärken und die Durchsetzbarkeit völkerrechtlicher Normen zu verbessern. Dazu gehören u.a. die Überprüfung und Offenlegung der Investitionspolitik der eigenen Organisationen, die Desinvestition aus Unternehmen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, die Überprüfung des eigenen Engagements vor Ort im Hinblick auf die Frage, ob es zur Erreichung einer nachhaltigen, völkerrechtskonformen Lösung des Konflikts oder im Gegenteil zur blossen Abfederung von dessen Folgen beiträgt, und die Unterstützung von Formen des gewaltfreien zivilgesellschaftlichen Drucks, um menschenrechtskonformes Verhalten der politischen Behörden und der Wirtschaft in ihren Beziehungen zu Israel durchzusetzen.

Die Studie versteht sich als „living document“, also als Grundlage für weitere Forschung und Vertiefung der Thematik der Wirtschaftsbeziehungen Schweiz–Israel. Mit den empfohlenen Massnahmen stellt sie eine ausgezeichnete Grundlage und einen Anknüpfungspunkt für zukünftige Aktivitäten und Advocacy-Tätigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Schweiz dar.

Wirtschaftsbeziehungen Schweiz–Israel und völkerrechtliche Kohärenz. Verfasst von Birgit Althaler unter Mitarbeit von Ingrid Gassner-Jaradat, Bern, Februar 2015.

Online unter: <http://bit.ly/100sE2D>

Kurzmeldungen aus der internationalen BDS-Kampagne

Kultur und Hochschulsektor

• Im August haben sich über tausend afroamerikanische AktivistInnen, Kulturschaffende, Studierende und Organisationen mit dem Freiheitskampf der PalästinenserInnen solidarisiert und ein Video-Statement veröffentlicht. • Die US-amerikanische Hip-Hop-Sängerin Lauryn Hill sagte ihr Konzert in Israel nach einer beeindruckenden Kampagne ab. Sie begründete ihren Entscheid damit, dass es unmöglich war, ein ähnliches Konzert in Ramallah zu geben. • Kurz darauf annullierte auch die spanische Sängerin Marina ein geplantes Konzert in Tel Aviv.



Mit den Augen von Kindern, Foto: Christina Brun

Spanische BDS-Gruppen hatten sie über Facebook und persönlich aufgefordert, sich nicht am „Whitewashing“ der israelischen Apartheid zu beteiligen. • In Kolumbien schlossen sich vier Filmfestivals BDS an. Lokale BDS-Gruppen sehen darin erst einen Anfang und sind überzeugt, dass sich noch weitere Kunstschaffende anschliessen werden. • Der brasilianische Liedermacher und Sänger Caetano Veloso zog nach einer Konzerttournee in Israel den Schluss, nie wieder in diesem Land auftreten zu wollen, und solidarisierte sich mit den Anliegen der PalästinenserInnen. • Ein Erfolg war die Kampagne von BDS Schweiz aus Anlass der Kooperation des Filmfestivals Locarno mit dem Israel

Film Fund: Über 200 Filmschaffende hatten den offenen Brief an das Filmfestival unterzeichnet, darunter rund 60 aus der Schweiz. • Einiges Aufsehen erregte im Oktober die Veröffentlichung eines ganzseitigen Inserats im britischen *Guardian*, in dem 343 AkademikerInnen erklären, jede Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen abzulehnen. Seither haben sich zahlreiche weitere Universitätsangehörige dem Aufruf angeschlossen.

Parteien und Gewerkschaften

• Beinahe zeitgleich haben der südafrikanische ANC (African National Congress) und die Schottischen Grünen beschlossen, sich der BDS-Kampagne anzuschliessen und den Boykott Israels zu unterstützen. Beide verurteilen die Völkerrechtsverletzungen und die diskriminierende Apartheidpolitik Israels. • In den USA hat sich die United Electrical, Radio and Machine Workers of America (UE), die über 35'000 Mitglieder vertritt, als erste Gewerkschaft des Landes dem BDS-Aufruf angeschlossen.

Wirtschaftliche Folgen

• Das weltweite Erstarken der Bewegung macht sich zunehmend wirtschaftlich bemerkbar: Entgegen früheren Behauptungen, ein Konsumboykott könne der starken Wirtschaft Israels nichts anhaben und laufe ins Leere, ist laut einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Weltbank der Absatz israelischer Produkte in den besetzten Gebieten durch den palästinensischen Boykott eingebrochen. Dies könne die israelische Wirtschaft jährlich mehrere Millionen US-Dollar kosten. Israel entgleitet langsam die Kontrolle über den bislang völlig abhängigen palästinensischen Markt. • Rückgänge bei den Exporten musste auch die israelische Rüstungsindustrie hinnehmen, die dieses Jahr wohl nur knapp die Hälfte des Volumens von 2012 erreichen wird. • Die Kosten der Besatzung werden für Israel immer

mehr zu einer wirtschaftlichen Belastung. Dazu kann auch der Entscheid der EU von November beitragen, israelische Siedlungsprodukte zukünftig zu kennzeichnen. Obwohl dies ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Ächtung der Besatzung ist, erfüllen die europäischen Staaten mit der Kennzeichnung ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen noch lange nicht. In der Schweiz wie der EU sind weitere Anstrengungen nötig, um ein generelles Verbot von Siedlungsprodukten durchzusetzen.

Kriminalisierung

• Es erstaunt nicht, dass BDS von der israelischen Regierung und ihren Verbündeten zunehmend ernst genommen wird. Nachdem diverse israelische MinisterInnen wiederholt strengere Massnahmen gegen Boykottaufrufe androhten, hat nun im Oktober eine Regierungsmehrheit einem Gesetzesentwurf zugestimmt, der die Einreise von Personen verbietet, die sich für den Boykott Israels einsetzen. Die Begründung: Jeder, der Israel boykottiert, mache sich des Terrorismus schuldig. • Unübertroffen ist die Äusserung des ehemaligen Finanzministers Yair Lapid, der in einer Rede in der Park-Avenue-Synagoge in New York behauptete, hinter der BDS-Bewegung stünden dieselben Leute wie hinter 9/11 und den Terroranschlägen in Madrid und London. • Nicht nur Israel ergreift Massnahmen, die sich gegen AktivistInnen der Bewegung richten. Das französische Kassationsgericht hat einen richtungweisenden Entscheid gegen BDS gefällt. Die oberste juristische Instanz Frankreichs bestätigte einen früheren Schuldspruch gegen zwölf AktivistInnen und verurteilte sie wegen Aufrufs zu Hass und Diskriminierung im Zusammenhang mit einer Supermarktaktion. Im Land der scheinbar heiligen Meinungsäusserungsfreiheit herrscht nun faktisch ein BDS-Verbot. • Diese zum Teil harschen Reaktionen und Angriffe zeigen uns vor allem eins: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Zusammengestellt von Eva Gammenthaler und Roman Vonwil.